N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 18.06.2026

öffentlich

Ort:	**Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),**
Zeit:	**16:00 Uhr bis 18:08 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion
Thorben Vierkant	AfD-Stadtratsfraktion
Guido Haak	CDU-Stadtratsfraktion
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion Die Linke im Stadtrat
Katja Müller	Fraktion Die Linke im Stadtrat
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Teilnahme bis 17:55 Uhr
Ferdinand Raabe	Fraktion Volt/MitBürger
Andreas Silbersack	Stadtrat Teilnahme bis 17:30 Uhr

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt	Oberbürgermeister
Egbert Geier	Bürgermeister Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Reik Möller	Leiter Büro des Oberbürgermeisters
Maik Stehle	Protokollführer

Gäste

André Sobczak	Generalsekretär EUROCITIES

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

Öffentlicher Teil

TOP 8.1 bis 8.8
Mitteilungen
- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **liegen digital vor und können zur Kenntnis genommen werden**

Nicht Öffentlicher Teil

TOP 14.1 bis 14.2
Mitteilungen
- ➔ **Vorschlag: absetzen**
- ➔ **liegen digital vor und können zur Kenntnis genommen werden**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies auf folgende Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 6.1
Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Netzwerk EUROCITIES
Vorlage: VIII/2026/02748
- ➔ **Anpassung finanzieller Auswirkungen**

TOP 14.1 bis 14.2
Mitteilungen
- ➔ **die Behandlung der Mitteilungen erfolgt im öffentlichen Teil unter TOP 8.7 und 8.8**

Frau Ranft schlug vor, Anfragen zur Anregung zur Erleichterung der Stadtratsarbeit unter TOP 8.4 zu behandeln oder unter TOP 9, Anfragen, einen Fragenkomplex aufzurufen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt schlug vor, Anfragen zu diesem Thema unter TOP 9 zu behandeln.

Herr Ferdinand Raabe vertagte im Namen seiner Fraktion

TOP 6.2
IT-Konzept 2025 für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01809

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.05.2026

5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

6. Beschlussvorlagen

6.1. Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Netzwerk EUROCITIES
Vorlage: VIII/2026/02748

6.2. IT-Konzept 2025 für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01809 **V E R T A G T**

7. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zu einer Resolution: Den Wahlkampf gewaltfrei und fair gestalten – Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen verhindern
Vorlage: VIII/2026/02751

8. Mitteilungen

8.1. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Wünscher zu Sitzungszeiten
A B G E S E T Z T

8.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Dr. Bergner zur Baustelle Dessauer Straße
A B G E S E T Z T

8.3. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Daniel Petzold (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zu Straßensperrungen bei HFC-Spielen (Siehe: Beschlusskontrolle AKUO 12.03.2026 Betreff: Herr Petzold zu Absperrungen, TOP: Ö 8.12)
Vorlage: VIII/2026/02683 **A B G E S E T Z T**

8.4. Mitteilung zur Anregung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volt / MitBürger, SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, FDP/FREIE WÄHLER und CDU zur Erleichterung der Stadtratsarbeit
Vorlage: VIII/2026/02689 **A B G E S E T Z T**

8.5. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Prüfung eines Projekts „Junge Riesen“ für Halle
Vorlage: VIII/2026/02662 **A B G E S E T Z T**

8.6. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schiedung zum mähfreien Mai
A B G E S E T Z T

8.7. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Heym zum Stadthaus
A B G E S E T Z T

8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Raue zur Stromversorgung während Ausschusssitzungen **A B G E S E T Z T**

9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

10. Anregungen

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.05.2026

12. Beschlussvorlagen

12.1. Dauerhafte Umsetzung einer Beschäftigten auf die Stelle Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Planung (m/w/d) im Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Umwelt und Sicherheit
Vorlage: VIII/2026/02725

13. Anträge von Fraktionen und Stadträten

14. Mitteilungen

14.1. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Heym zum Stadthaus
A B G E S E T Z T

14.2. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Raue zur Stromversorgung während Ausschusssitzungen **A B G E S E T Z T**

15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten

16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zur Industrieansiedlung

Fragesteller 1 bezog sich auf einen Pressebericht über eine geplante Industrieansiedlung in Sangerhausen und fragte, wie es der Stadt gelungen ist, einen großen Investor zu gewinnen. Weiter fragte er, ob es Anfragen für eine Ansiedlung in der Region gab, die aufgrund bestimmter Parameter nicht erfüllt werden konnten. Er wies darauf hin, dass die Grundstücksverkaufsentscheidung des Sangerhäuser Stadtrates noch nicht bedeutet, dass die Ansiedlung endgültig gesichert ist. Er fragte, ob die Stadt diesen Vorgang begleitet und prüft, ob eine Ansiedlung in Halle (Saale) möglich ist. Zudem verwies er auf den Besuch einer Delegation aus Haifa und sagte, dass die Ansiedlungsgesellschaft in Sangerhausen eine Tochtergesellschaft eines großen israelischen Konzerns mit Hauptsitz in Haifa ist. Er fragte, ob bei diesen Besuchen auch wirtschaftliche Themen und Ansiedlungsfragen eine Rolle spielen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt antwortete, dass das Thema Ansiedlungen für die Stadt von besonderer Bedeutung ist. Er sagte, dass die Stadt Halle (Saale) derzeit nicht über die notwendigen Flächen verfügt. In Sachsen-Anhalt sind zudem viele Flächen aus Umweltgründen eingeschränkt und können nicht bebaut werden. Für die Ansiedlung in Sangerhausen steht hingegen eine größere Fläche von über 100 Hektar zur Verfügung. Weiterhin wies er darauf hin, dass es keine Delegation aus Haifa gegeben hat. Vielmehr handelte es sich um eine Schulklasse der High School aus Haifa, mit der er eine Schulpartnerschaft zwischen der Schule und dem Elisabeth-Gymnasium aufgebaut hat.

Er betonte, dass die Stadtverwaltung sehr aktiv Möglichkeiten prüft und sich vernetzt, um auf Ansiedlungsanfragen reagieren zu können. Er freue sich über jede Investition im Saalekreis, da dies auch der Stadt Halle (Saale) zugutekomme.

Fragesteller 1 verwies auf die zuvor angesprochenen möglichen Ansiedlungen und fragte, ob bereits konkret auf Sangerhausen zugegangen wurde, um zu erörtern, ob sich die Stadt Halle (Saale) gegebenenfalls auch gemeinsam mit dem Saalekreis einbringen kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass er sowohl mit dem Ministerpräsidenten als auch mit dem Landrat von Sangerhausen in engem Austausch steht. Zudem wies er darauf hin, dass im Saalekreis entsprechende Flächen vorhanden sind.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.05.2026

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 20.05.2026. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**
7 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse.

zu 6 Beschlussvorlagen

---

zu 6.1 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Netzwerk EUROCITIES Vorlage: VIII/2026/02748

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt führte in die Vorlage ein und begründete diese. Anschließend begrüßte er den Generalsekretär von EUROCITIES, Herrn André Sobczak, und bat um Abstimmung über das Rederecht für Herrn Sobczak.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Sobczak bedankte sich für die Einladung und stellte EUROCITIES sowie die Arbeit des Netzwerks vor. Er erläuterte, dass EUROCITIES vor 40 Jahren von sechs europäischen Großstädten gegründet wurde und heute rund 230 Mitgliedsstädte mit insgesamt mehr als 150 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern umfasst. Deutschland ist derzeit mit 21 Städten vertreten. Er sagte, dass die zentralen Ziele der Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsstädten, die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung europäischer Projekte sowie die Interessenvertretung der Städte gegenüber den europäischen Institutionen sind.

Der Austausch erfolgt auf politischer und Verwaltungsebene in rund 50 thematischen Arbeitsgruppen und sechs Fachforen. Dort werden bewährte Lösungen, Erfahrungen und Herausforderungen zu kommunalen Themen wie Wohnen, Digitalisierung, Mobilität, Gesundheit, Kultur oder Bürgerbeteiligung ausgetauscht. Er betonte, dass dies den Mitgliedsstädten helfen kann, bewährte Ansätze zu übernehmen, Fehler zu vermeiden und Kosten für externe Beratungsleistungen einzusparen. Weiter führte er aus, dass EUROCITIES derzeit zahlreiche, überwiegend von der Europäischen Kommission finanzierte Projekte koordiniert und die Mitgliedsstädte bei der Einwerbung europäischer Fördermittel unterstützt. Das Netzwerk informiert über Förderprogramme, begleitet die Antragstellung und koordiniert gemeinsame Projekte. Als Beispiele nannte er Förderprogramme zur Bürgerbeteiligung, Stadtteilentwicklung sowie zur Digitalisierung kommunaler Leistungen. Weiter erläuterte er, dass es Ziel ist, kommunale Belange stärker in europäische Entscheidungen einzubringen. Als Beispiele nannte er den Einsatz für eine stärkere europäische Unterstützung im Bereich des bezahlbaren Wohnens sowie die Beteiligung an den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union. Abschließend betonte er, dass die Stadt Halle (Saale) als 22. deutsche Stadt Mitglied werden kann. Die Angebote richten sich sowohl an Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Stadträte sowie Beschäftigte der Verwaltung und dienen der fachlichen Vernetzung auf europäischer Ebene.

Herr Silbersack fragte, wonach sich der Mitgliedsbeitrag richtet und ob dieser von der Größe der Städte abhängig ist. Zudem bat er um Beispiele dafür, welche Anliegen der Städte bereits gegenüber der Europäischen Kommission vertreten wurden und welche konkreten Ergebnisse daraus entstanden sind.

Herr Sobczak erläuterte, dass der Mitgliedsbeitrag für Vollmitglieder einheitlich 18.500 Euro beträgt. Städte außerhalb der Europäischen Union zahlen einen geringeren Beitrag, da sie weniger am Lobbying interessiert sind, nicht an allen Projekten teilnehmen können und keinen uneingeschränkten Zugang zu Fördermitteln der Europäischen Kommission haben.

Als Beispiele für Erfolge nannte unter anderem den Bereich Wohnungsbau sowie die Regelungen zur Wasserqualität in der Europäischen Union. Er führte aus, dass sich die Organisation dafür eingesetzt hat, dass die durch strengere Vorgaben zur Sicherstellung der Wasserqualität entstehenden Kosten von der Industrie getragen werden und nicht von den

Städten.

Als weiteres Beispiel nannte er die europäische Regelung zur Begrünung von Städten. Er führte aus, dass die Europäische Kommission vor zwei Jahren vorgeschlagen hatte, einen einheitlichen Mindestanteil zusätzlicher Grünflächen für alle europäischen Städte festzulegen. Die Organisation hat sich dafür eingesetzt, dass jede Stadt selbst über den Umfang der Begrünung entscheiden kann und keine einheitliche Vorgabe für alle Städte eingeführt wird.

Frau Ranft fragte, ob eine Mitgliedschaft bei Eurotowns geprüft wurde und worin die Unterschiede zwischen beiden Netzwerken bestehen.

Herr Sobczak antwortete, dass EUROCITIES teilweise mit Eurotowns zusammenarbeitet. Er führte aus, dass Eurotowns ein kleineres Netzwerk ist und daher weniger Möglichkeiten für Austausch bieten kann. Nach seiner Einschätzung profitieren insbesondere kleinere Städte von einer Mitgliedschaft bei EUROCITIES, da diese im Vergleich zu größeren Städten über weniger Ressourcen und geringere Sichtbarkeit verfügen und daher einen größeren Mehrwert aus dem Netzwerk ziehen können.

Frau Ranft fragte, warum man sich für EUROCITIES und nicht für Eurotowns entschieden hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt antwortete, dass EUROCITIES insbesondere im Bereich europäischen Fördermitteln ein etabliertes Netzwerk ist. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung ist auch die Frage relevant, wie die Stadt zusätzliche Fördermöglichkeiten erschließen kann. Eurotowns ist hierfür nicht der geeignete Ansprechpartner.

Frau Müller bezog sich auf die offiziellen Zugangsvoraussetzungen von EUROCITIES und fragte nach der Einordnung der Einwohnergrenze von 250.000. Sie bat um Erläuterung des Widerspruchs, dass auch kleinere Städte von der Mitgliedschaft profitieren.

Herr Sobczak antwortete, dass die Einwohnerzahl von 250.000 keine ausschließliche Voraussetzung ist. Nach den Statuten können Städte auch aufgrund ihrer regionalen Bedeutung Vollmitglied werden. Dies trifft auch auf Halle (Saale) zu. Maßgeblich ist nicht allein die administrative Stadtgrenze, sondern die jeweilige Metropolregion bzw. der Wirtschaftsraum. Er sagte, dass von einer Mitgliedschaft auch umliegende Kommunen profitieren können.

Herr Ferdinand Raabe sprach sich für die Vorlage der Verwaltung aus, insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Deckungsvorschlags. Er bewertete den Mitgliedbeitrag als Investition, da die Stadt durch das Netzwerk bessere Möglichkeiten hat, Fördermittel einzuwerben, ohne zusätzliche Stellen in der Verwaltung schaffen zu müssen. Er bezog sich auf den möglichen Austausch mit anderen Städten, wo man auch bei anderen Themen, etwa der Haushaltskonsolidierung, auf Erfahrungen und etablierte Strukturen zurückgreifen kann. Abschließend appellierte er, dem Beitrittsbeschluss zuzustimmen, um die Sichtbarkeit der Stadt, die Wirtschaftsansiedlung sowie die Strukturen der Stadt trotz der schwierigen Haushaltslage langfristig zu stärken.

Herr Raue sagte, dass EUROCITIES aus seiner Sicht viele richtige Ansätze verfolgt. Er fragte nach den Ursachen für die Gründung des Netzwerks und bat um eine Einschätzung, welche Defizite im Funktionsprinzip der Europäischen Union bestehen und welche Rolle die Nationalstaaten dabei spielen.

Herr Sobczak erläuterte, die ursprüngliche Idee von EUROCITIES ist, dass ein besseres Europa in den Städten beginnt. Städte stehen in engem Kontakt mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern und kennen deren Herausforderungen und Erwartungen. Ziel von EUROCITIES ist es, die Stimme der Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger in den europäischen Institutionen stärker zur Geltung zu bringen. Nationale Regierungen sind teilweise weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt und setzen nicht immer deren zentrale Anliegen in den Fokus. EUROCITIES setzt sich deshalb seit 40 Jahren dafür ein, den Einfluss der Städte auf europäischer Ebene zu stärken, einen direkten Austausch mit der Europäischen Kommission zu ermöglichen und Fördermittel möglichst direkt an die Städte zu leiten.

Herr Raue sagte, dass die AfD-Fraktion europakritisch ist. Aus seiner Sicht wird das Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend beachtet. Seine Fraktion spricht sich dafür aus, Verantwortung nur in wesentlichen Bereichen auf die europäische Ebene zu übertragen. Er sieht eine stärkere direkte Steuerung der Städte durch europäische Institutionen kritisch. Er verwies darauf, dass die Städte bereits durch den Deutschen Städtetag vertreten werden. Seine Fraktion lehnt neue Strukturen wie EUROCITIES ab, da diese aus seiner Sicht nur einzelnen Mitgliedern Vorteile verschaffen. Er sprach sich dafür aus, dass Deutschland weniger Mittel an die Europäische Union abgibt und mehr finanzielle Mittel selbst verwendet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt reagiert, dass die finanziellen Vorteile einer Mitgliedschaft bei EUROCITIES zuvor ausführlich dargestellt wurden. Eine Bewertung der Mitgliedschaft ausschließlich anhand des Mitgliedsbeitrages greife aus seiner Sicht zu kurz.

Frau Ranft merkte an, dass sie die Mitgliedschaft bei EUROCITIES nicht als Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung bewertet. Sie verwies darauf, dass der Begriff auch im Finanzausschuss diskutiert wurde und nach der Auslegung des Landesverwaltungsamtes eine Mitgliedschaft keine Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung darstellt. Aus ihrer Sicht handele es sich vielmehr um eine freiwillige Leistung, über deren Nutzen und Finanzierung der Stadtrat entscheiden muss. Sie wies darauf hin, dass eine Einstufung der Mitgliedschaft als Haushaltskonsolidierungsmaßnahme im Bericht an das Landesverwaltungsamt voraussichtlich nicht anerkannt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt antwortete, dass Begriffe wie Haushaltskonsolidierung sowie freiwillige und Pflichtaufgaben rechtlich definiert sind, diese Einordnung aus seiner Sicht jedoch nicht immer der Praxis entspricht. Er betonte, dass aus seiner Sicht nicht die Ausgaben für den Mitgliedsbeitrag im Vordergrund stehen sollten, sondern die damit verbundenen Chancen. Er verwies auf mögliche Einsparungen, Effizienzsteigerungen und zusätzliche Fördermittel, deren Nutzen den Mitgliedsbeitrag übersteigt.

Frau Müller sagte, dass ihre Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen wird, da der konkrete Mehrwert einer Mitgliedschaft bei EUROCITIES jedoch bislang nicht ausreichend dargelegt wurde.

Sie verwies auf die angespannte Haushaltslage und betonte, dass derzeit keine neuen freiwilligen Leistungen übernommen werden sollten. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltslage ist die Aufnahme einer neuen freiwilligen Leistung aus ihrer Sicht gegenüber der Öffentlichkeit nicht vermittelbar. Sie begrüßte zwar den geänderten Deckungsvorschlag, kritisierte jedoch das ursprüngliche Vorgehen sowie die zunächst vorgesehene Finanzierung. Sie sagte, dass auch eine Finanzierung aus dem Repräsentationsbudget des Oberbürgermeisters nichts daran ändert, dass es sich um zusätzliche freiwillige Ausgaben handelt. Verfügbare Mittel sollen stattdessen zur Haushaltskonsolidierung oder zur Unterstützung freier Träger eingesetzt werden. Abschließend sprach sie sich dafür aus, eine

Mitgliedschaft bei EUROCITIES gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu beraten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt führte aus, dass Aufgabe der Verwaltung ist, Prioritäten zu setzen und die Mittel bestmöglich einzusetzen. Reines Einsparen führt nicht weiter, entscheidend ist auch die Investition in geeignete Maßnahmen. Er erläuterte, der geänderte Deckungsvorschlag beruht unter anderem auf Einsparungen im Bereich von Reisen, Repräsentationsgeschenken sowie weiteren Ausgaben im Bereich des Oberbürgermeisterbüros.

Frau Müller sagte, dass ihre Fraktion aufgrund der aktuellen Haushaltslage derzeit nicht die Grundüberzeugung hat, dem Beschluss zuzustimmen. Sie stellte klar, dass das Anliegen grundsätzlich nicht als verkehrt angesehen wird, der konkrete Mehrwert der Maßnahme jedoch aus ihrer Sicht noch nicht ausreichend überzeugend dargelegt wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt fragte Frau Müller, welcher Mehrwert noch angeboten werden kann.

Frau Müller sagte, dass andere europäische Netzwerke derzeit nicht zur Debatte stehen und angesichts der aktuellen Haushaltssituation eine zusätzliche freiwillige Leistung jedoch nicht infrage steht.

Herr Silbersack sprach sich für die Mitgliedschaft aus. Er betonte die Bedeutung europäischer Vernetzung und verwies auf den möglichen Austausch mit anderen europäischen Städten, auch im Zusammenhang mit dem Zukunftszentrum. Er fragte nach dem Austausch mit Leipzig und den daraus gewonnenen Erkenntnissen. Zudem wies er darauf hin, dass Leipzig seit 1992 Mitglied bei EUROCITIES ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erläuterte, dass Leipzig durch die Mitgliedschaft bei EUROCITIES internationale Sichtbarkeit sowie Vorteile bei Förderungen und Netzwerken erhält. Er betonte, dass es auch um den Imagegewinn für Städte geht sowie um den Nutzen des Netzwerks für Verwaltung und Stadtrat. Er hob hervor, dass der Austausch insbesondere auf der Mitarbeiterebene über Arbeitsgruppen und digitale Zusammenarbeit erfolgt. Als Beispiel nannte er Kooperationen im Rahmen von Bloomberg Philanthropies. Er betonte zudem die Bedeutung von Netzwerken für wirtschaftliche Entwicklung, etwa bei der Ansiedlung von Investoren, sowie für den Zugang zu Stiftungen und zusätzlichen Finanzierungsquellen. Abschließend sagte er, dass solche Kontakte und Netzwerke für die Stadtentwicklung und die Lebensqualität in der Stadt wichtig sind und nicht unterschätzt werden sollten.

Herr Heym sagte, dass er davon ausgeht, dass alle Verantwortlichen in den vergangenen 35 Jahren das Beste für die Stadt wollten, die aktuellen Probleme aber weiterhin bestehen und konkrete Aufgaben zu bewältigen sind. Er äußerte Bedenken, dass alle Maßnahmen letztlich aus Steuergeldern bzw. über Schulden finanziert werden und daher sorgfältig zu prüfen sind. Er bezog sich auf die Haushaltskonsolidierung und sagte, dass Einsparungen durch organisatorische Maßnahmen wie die Zusammenlegung von Ausschüssen diskutiert wurden, wobei nur geringe Beträge eingespart werden. Er verwies auf das Subsidiaritätsprinzip und die Auffassung, dass regional besser lösbare Aufgaben auch regional erledigt werden sollen. Eine konsequente Anwendung hat aus seiner Sicht möglicherweise zu weniger Problemen geführt.

Abschließend sagte er, dass die Stadt ihre Ressourcen zunächst für unmittelbare Herausforderungen wie Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze einsetzen sollte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass Halle (Saale) seit 35 Jahren von der EU profitiert und vieles ohne diese Unterstützung nicht vorhanden wäre. Die Probleme der Stadt können nur gemeinsam mit Europa gelöst werden, nicht ohne europäische Einbindung. Er betonte, dass Unternehmen insbesondere durch persönliche Kontakte und Netzwerke sowie durch Fördermittel gewonnen werden, die nicht allein von der Stadt bereitgestellt werden können.

Frau Müller widersprach der Darstellung, dass Unternehmen bei Fördermitteln ausschließlich auf kommunale Unterstützung angewiesen sind. In der Regel sind Unternehmen selbst in der Lage, entsprechende Fördermittel zu beantragen. Sie merkte an, dass sich für sie Widersprüche in der Argumentation ergäben, und verwies einerseits auf die Metropolregion Halle-Leipzig und gleichzeitig auf eine mögliche EUROCITIES-Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale). Sie fragte, ob Halle (Saale) nicht bereits indirekt über Leipzig von diesem Netzwerk profitiert und ob sich daraus Synergien ergeben könnten. Weiter hinterfragte sie die Einbindung des Saalekreises und sagte, dass zunächst geklärt werden sollte, ob dort eine Beteiligung überhaupt gewünscht ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bestätigte, dass auch Unternehmen Fördermittel erhalten können und dass er für die Region wirbt. Halle (Saale) und der Saalekreis sind aus seiner Sicht eine gemeinsame Region, für die er auch ohne gesonderte Abstimmung mit dem Landrat bewerben kann. Er betonte, dass noch keine Entscheidung vorab getroffen wurde, da solche Maßnahmen erst mit einem entsprechenden Beschluss des Stadtrates verbindlich werden.

Frau Müller sagte, dass es darum ging, dass dem Verein Werkleitz Mittel entzogen werden sollten. Sie verwies darauf, dass im Finanzausschuss ausgeführt wurde, dass der Verein bereits darüber informiert wurde, dass ihm aufgrund dieser Angelegenheit Gelder entzogen werden.

Herr Sobczak führte aus, dass EUROCITIES keine Top-down-Politik aus Europa vertritt. Ziel ist es vielmehr, dass Entscheidungen in den Städten getroffen werden und das Netzwerk dazu dient, dieses Prinzip zu verteidigen. Er sagte, dass EUROCITIES ein konkretes Netzwerk ist, in dem sich Mitarbeitende der Verwaltungen über kommunale Themen austauschen. Er erläuterte anhand von Beispielen, dass Erfahrungen, Kosten und auch Fehler geteilt werden, damit andere Städte davon profitieren und gleiche Fehler vermeiden können. Mitgliedsstädte können ihre eigenen Themen einbringen und von den Erfahrungen anderer Städte lernen.

Er bezog sich auf die Mitgliedschaft einer Metropolregion und führte aus, dass dies grundsätzlich möglich ist. Ob statt der Stadt Leipzig die Metropolregion Leipzig-Halle Mitglied wird, muss mit Leipzig abgestimmt werden. Dabei geht es auch um die Frage der gemeinsamen Sichtbarkeit. Als Beispiele nannte er Rom, Lyon und Paris, wo sowohl die Stadt als auch die Metropolregion Mitglied sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass Leipzig nach seinem Kenntnisstand weiterhin Mitglied bei EUROCITIES bleiben wird. Die Möglichkeit, dass stattdessen die Metropolregion Mitglied wird, kommt daher nicht in Betracht.

Herr Vierkant sagte, dass Fördermittel aus Berlin, Magdeburg und Brüssel aus seiner Sicht Steuergelder beziehungsweise Schulden künftiger Generationen sind, die politisch umverteilt werden. Er bezeichnete die Europäische Union als sozialistisches Konstrukt und verwies auf das Beispiel gestiegener Wasserpreise für Unternehmen. Er fragte, ob EUROCITIES auch erfolgreiche marktwirtschaftliche Projekte vorweisen kann oder ob die Arbeit ausschließlich

auf Umverteilung beruht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt entgegnete, dass Gegenstand der Beratung die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Städtenetzwerk EUROCITIES ist. Die grundsätzliche Ausrichtung der Europäischen Union ist nicht Thema des Stadtrates und sollte gegebenenfalls auf Bundesebene diskutiert werden.

Herr Vierkant erläuterte, dass es ihm nicht um die Position der Bundesrepublik geht, sondern um die Ausrichtung und die Ziele des Netzwerks EUROCITIES. Er bat hierzu um eine Einordnung.

Herr Sobczak antwortete, dass EUROCITIES marktwirtschaftlich orientiert ist. Das Netzwerk beschäftigt sich unter anderem mit der Unterstützung von Unternehmen, der Zusammenarbeit mit Hochschulen, der Entwicklung lebendiger Innenstädte und dem Austausch kommunaler Lösungsansätze.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bedankte sich bei Herrn Sobczak für die Teilnahme. Er bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja / 7 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Netzwerk EUROCITIES zu beantragen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

---

zu 7.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zu einer Resolution: Den Wahlkampf gewaltfrei und fair gestalten – Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen verhindern
Vorlage: VIII/2026/02751

Auf GOA-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue
Liebe Kollegen, wichtiges Thema, Wahlkampf, Landtagswahlkampf in unserer Stadt. Und unser Anliegen ist es, an dieser Stelle auch ganz kollegial mit Ihnen gemeinsam einen Weg zu finden, wie dieser Wahlkampf fair und ohne große Zwischenfälle und ohne Sachbeschädigung und dergleichen gestaltet werden kann. Deswegen haben wir uns überlegt, dass wir einen gemeinsamen Appell, in diesem Fall in Form einer Resolution, an uns selbst richten. Mit gutem Vorbild sozusagen, wenn wir diesen Appell gemeinsam unterstützen und gemeinsam fassen, mit gutem Vorbild und gutem Vorsatz vorangehen und insbesondere unsere Unterstützer, unsere jeweiligen Unterstützer, die vielleicht nicht alle parteigebunden, aber trotzdem mit einer gewissen Parteiaffinität draußen unterwegs sind, also die vielen Unterstützer und Aktivisten, aufrufen, ich sage jetzt mal bewusst nicht zu ermutigen, sondern wirklich aufzurufen, diesen Wahlkampf im gegenseitigen Respekt zu

führen, den Respekt vor den Kandidaten, auch im Respekt vor den jeweiligen Werbematerialien und natürlich auch im Respekt vor dem Eigentum und auch vor der Gesundheit der Kandidaten.

Wir hatten in den letzten Wahlkämpfen, da weiß ich natürlich, viele Vorkommnisse. Da ist mal aus meiner Partei, aber ich weiß auch, dass es die in anderen Parteien ebenfalls gegeben hat. Da geht es aber nicht nur darum, dass Wahlplakate runtergerissen werden oder beschmiert werden, sondern in unserem Fall jetzt geht es tatsächlich um tätliche Angriffe auf die Gesundheit von Kandidaten und auch von Wahlkampfunterstützern an den Ständen. Auch um Angriffe auf Heim und Haus der Kandidaten. Auch Angriffe auf die Fahrzeuge und auf Werbematerialien. Das, meine lieben Kollegen, sollten wir unbedingt für die nächsten Wahlen fordern, auszuschließen, weil das kein Umgang, keine demokratische Gepflogenheit ist, mit der wir um die besten Konzepte streiten.

Und deswegen bitte ich Sie auch an dieser Stelle, das tatsächlich mit zu unterstützen, weil von uns wirklich eine Beispielgebung ausgeht. Egal, ob das jetzt per Dekret und per Gesetz eine Aufgabe des Stadtrates sei oder nicht, es ist unsere demokratische Aufgabe schon, dafür zu sorgen, dass ein solcher Wahlkampf, eine solche Entscheidungsfindung der Bürger gewaltfrei stattfindet und ohne Sachbeschädigung. Alle haben das Recht, ihre Meinung in Wort, in Schrift, in Bild frei zu äußern in unserem Land. Das ist eine hohe Errungenschaft, und wir als Stadträte sollten sozusagen jede Fraktion und jede Partei an seinen eigenen Unterstützer, Mitstreiter und Aktivisten aufrufen, das Eigentum und die Unverletzlichkeit der jeweils anderen Kandidaten nicht zu beschädigen und zu erhalten.

Und deswegen ist das auch mein Aufruf an uns alle jetzt hier, dass wir da mal nicht gucken, das ist jetzt ein blöder Antrag von der AfD, sondern das ist jetzt einfach: Wir gemeinsam als Stadtrat wollen einen sicheren und fairen Wahlkampf führen bei uns in der Stadt. Und ich unterstelle auch mal allen Parteien, dass jeder aus seiner Sicht für sein Land auch nur das Beste will. Wir, wie die Linken auch. Und die Bürger haben halt auch das Recht, sich eine eigene Meinung zu bilden. Und dafür ist es eben wichtig, dass Werbematerial auch hängen bleibt und nicht beschmiert wird. Ich will sie jetzt einfach nicht weiter ausdehnen. Ich denke, wir haben gemeinsam ein Anliegen daran, dass das hier bei uns in Halle ein guter und fairer Wahlkampf an dieser Stelle wird. Und dass es nicht zu irgendwelchen Zwischenfällen kommt, die unsere Stadt auch in einem schlechten Licht dann gegebenenfalls auch bundesweit darstellen. Weil das können wir unserer Stadt auch mitgeben, dass wir hier in der Lage sind, demokratisch unseren Streit auszutragen und die jeweiligen Positionen der jeweils anderen Menschen zu achten. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Herr Raabe, bitte.

Herr Ferdinand Raabe
Vielen Dank. Wie die Verwaltung in ihrer Stellungnahme auch schon deutlich gemacht hat und wie wir es eingeschätzt haben, fällt der Antrag eben nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates und seiner Fraktion. Da eine solche Resolution eben im Landtag dann als zuständigem Gremium zum Beispiel gefasst werden müsste, aber wie auch sehr ausführlich gesagt wurde, eben nicht im Stadtrat.

Und inhaltlich vielleicht auch nur kurz der Blick. Es ist für uns alle Konsens, dass eben ein demokratischer, friedlicher Wahlkampf stattfindet und dass der mit sachlichem Diskurs zu führen ist. Und ich glaube, wenn man so tut, als bräuchte man dafür eine Resolution, dann ist eher das das Armutszeugnis, wenn man nicht von der Selbstverständlichkeit ausgeht. Und ein Wahlkampf ist eben auch nicht, wie geschrieben, ungestört zu führen, dass jeder einfach nebenher sein Wahlkampfkonzept abspielt, sondern eben genau der scharfe

demokratische Diskurs ist das, wovon die Demokratie lebt. Und das ist auch die scharfe und deutliche Auseinandersetzung mit dem Wahlkampfauftritt, mit den Wahlkampfveranstaltungen und den Forderungen der Gegenseite.

Und aufgrund eben dieser Nichtzuständigkeit des Stadtrates möchte ich jetzt an dieser Stelle auch gerne den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung in diesem Ausschuss stellen und würde um die Abstimmung dazu bitten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Vielen herzlichen Dank. Gibt es dazu eine Gegenrede? Herr Raue, bitte.

Herr Raue
Ja, ich widerspreche dem, weil wir sind selbst von der Einschätzung der Stadtverwaltung sehr überrascht worden. Nach unserer Kenntnis gab es auch unter dem OB Wiegand immer die Auffassung, auch im Rechtsamt, dass ein Rat immer eine Resolution zu einem Thema führen und an sich ziehen kann und die auch verabschieden kann. In diesem Falle jetzt ist es so, dass wir also einen Ortsbezug, eine Ortsbindung haben. Wir haben auch ein wichtiges Anliegen und das heißt, das ist Ordnung und Sicherheit bei uns im öffentlichen Raum. Auch das ist eigentlich eine Aufgabe oder das ist eine Aufgabe der Stadt und eine Aufgabe der Stadt ist es auch, die demokratischen Gepflogenheiten zu achten und zu unterstützen. Und deswegen frage ich mich, wer genau soll oder, na ja, ich will es mal anders... Ich will es mal anders sagen. Ich kann dazu im Stadtrat wirklich weiter ausführen. Aber ich bin ja hier oder wir als Fraktion sind einem großen Konsens interessiert und deswegen will ich an dieser Stelle nicht zuspitzen. Ich werde dann für den Fall, dass der Geschäftsordnungsantrag durchgeht, das im Stadtrat dann anders kommentieren. Aber ich fände es klug, wenn wir das jetzt nicht als Geschäftsordnungsantrag behandeln und das Ding einfach von der Tagesordnung wischen. Denken Sie bitte dran, Herr Wiegand hat das ausdrücklich auch immer gesagt: Macht das nicht. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Frau Müller.

Frau Müller
Ja, eine Fürrede für den Geschäftsordnungsantrag. Herr Raue, zum einen ist hier nichts von der Tagesordnung gewischt worden, sondern es war in der Tagesordnung drauf, Sie haben es gerade gesagt.

Und auch wir teilen dahingehend die Stellungnahme der Verwaltung. Der Stadtrat ist schlichtweg nicht zuständig, nicht für einen Wahlkampf. Resolution kann der Stadtrat machen, das ist wohl so. Aber die Frage stellt sich doch hier ganz klar: Warum wenden Sie sich mit dieser Resolution nicht an die Parteien? Fraktionen machen keinen Wahlkampf, dürfen überhaupt keinen Wahlkampf machen und schon gar keinen mit Landtagswahlkampf, haben wir schon gar nichts zu tun. Insofern schreiben Sie doch mal die Parteien an und fragen Sie, ob Sie eine gemeinsame Resolution machen. Aber das wäre tatsächlich die richtige Ebene und deswegen klare Fürsprache für den Geschäftsordnungsantrag, weil zur Fairness auch dazu gehört, Herr Raue, dass man einen solchen Antrag oder ein solches Anliegen auf der Ebene belässt, wo es hingehört, nämlich auf der Ebene der Parteien und nicht auf der Ebene des Stadtrates. Auch das ist ein fairer Wahlkampf. Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
So, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für den Geschäftsordnungsantrag? Wer ist dagegen? Und wer enthält sich? Dem ist nicht zu. Herzlichen Dank.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: **Nichtbehandlung**
7 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:
Der Stadtrat bekennt sich mit seinen Fraktionen, insbesondere jenen der im Jahr 2026 am Landtagswahlkampf von Sachsen-Anhalt beteiligten Parteien, zu einem fairen demokratischen Wahlkampf, ohne Anwendung oder Toleranz von Gewalt und ruft alle, nicht nur, parteigebundenen Akteure zu einer ausschließlich friedlichen und gewaltfreien Wahlkampfführung auf. Damit stellt er sich ausdrücklich gegen die Verschärfung gesellschaftlicher Spannungen und gegen Jene, die Gewalt noch immer für ein akzeptables Mittel in der Politik halten.
Die nicht im Stadtrat vertretenen aber ebenfalls Wahlkampf führenden Parteien, werden aufgefordert, sich diesem Bekenntnis anzuschließen.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Dr. Wünscher zu Sitzungszeiten

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Dr. Bergner zur Baustelle Dessauer Straße

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Daniel Petzold (CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zu Straßensperrungen bei HFC-Spielen (Siehe: Beschlusskontrolle AKUO 12.03.2026 Betreff: Herr Petzold zu Absperrungen, TOP: Ö 8.12)
Vorlage: VIII/2026/02683

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Volt / MitBürger, SPD, DIE LINKE, Hauptsache Halle, FDP/FREIE WÄHLER und CDU zur Erleichterung der Stadtratsarbeit
Vorlage: VIII/2026/02689

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Prüfung eines Projekts „Junge Riesen“ für Halle Vorlage: VIII/2026/02662

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Schiedung zum mähfreien Mai

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Heym zum Stadthaus

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Herrn Raue zur Stromversorgung während Ausschusssitzungen

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Frau Ranft zu TOP 8.4

Frau Ranft bezog sich auf die Anregung unter TOP 8.4 und sagte, dass Stadträtinnen und Stadträte sowie die Fraktion täglich eine Vielzahl an E-Mails erhalten, in denen lediglich verwiesen wird, wo ein Dokument hinterlegt wurde. Sie äußerte den Wunsch, dass bei öffentlichen Angelegenheiten ein Link in der E-Mail angehängt wird, sodass die Stadträtinnen und Stadträte direkt über den Link zu dem Dokument gelangen. Dies stellt eine Arbeitserleichterung dar. Bei nicht öffentlichen Vorgängen ist der Wunsch, dass das Dokument an die E-Mail angehängt wird.

Herr Möller führte aus, dass die vorgebrachten Anregungen aufgenommen werden. Der Sachverhalt ist der Verwaltung bekannt, ebenso der damit verbundene Aufwand für das Team Ratsangelegenheiten. Hierzu soll der Austausch 22.06.2026 genutzt werden, um eine für beide Seiten praktikable Lösung zu finden.

zu 9.2 Herr Heym zu TOP 7.1

Auf GOA-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Heym
Ja, wir hatten ja unter 7.1 unseren Antrag, der im Grunde zum Ziel hatte, dass die Fraktionen des Stadtrates, die ja die Stadtbevölkerung im kommunalen Parlament vertreten, sich mit

einem Aufruf an ihre Wähler wenden, wie der vor uns stehende Wahlkampf hier in der Stadt ablaufen sollte. Das heißt, das können natürlich jede Fraktion selbst machen. Da spricht man aber immer nur einen Teil der Bevölkerung an. Sollte hier quasi der Bevölkerung signalisiert werden, so stellen wir uns das Zusammenleben vor.

Nun ist hier eine Stellungnahme der Stadtverwaltung entsprechend vorliegend, aufgrund derer hier ein Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Volt begründet wurde. Offensichtlich ist die rechtskonform, denn der OB hat dem entsprechenden Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Volt zugestimmt. Deswegen würde mich mal interessieren, grundsätzlich, ob der Stadtrat sich nicht entsprechend mit einem Aufruf an die Stadtbevölkerung wenden kann, ob das tatsächlich rechtlich nicht möglich ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Gut, stopp. Ja genau, jetzt geht es auch um Inhalt. Jetzt spricht nämlich Herr Schreyer.

Herr Schreyer
Vielen Dank, Herr Heym. Sie haben die Frage jetzt sehr allgemein formuliert und so allgemein kann ich sie Ihnen beantworten. Selbstverständlich ist es zulässig, dass der Stadtrat sich mit Resolutionen an jemanden, auch die Bevölkerung, wendet. In der konkreten Sache aber, Landtagswahlkampf, ist es halt nicht zulässig. Und das hat die Verwaltung versucht, Ihnen im Rahmen der Stellungnahme aufzuzeigen. Und wir haben explizit, ausdrücklich und nicht ohne Grund noch einmal auf die Rundverfügung des Landesverwaltungsamtes aus dem Jahre 2022 verwiesen. Warum? Weil das Landesverwaltungsamt dort im Rahmen einer anderen Angelegenheit sehr dezidiert zu Resolutionen und zur Zuständigkeit von kommunalen Gremien diesbezüglich Stellung bezogen hat und darauf hingewiesen hat, dass wir das zukünftig zu beachten haben. Diese Rundverfügung war Ihnen damals im Rahmen der Beschlussvorlage zur Verfügung gestellt worden. Und es gab, so kann ich mich erinnern, sogar Nachfragen verschiedener Fraktionsmitglieder hier in diesem Gremium, wie wir das so zukünftig beachten wollen und ob wir das wirklich tun. Und da war die Aussage natürlich der Verwaltung gewesen: „Wir werden die Rechnung auch tragen müssen.“ Und das haben wir hiermit getan. Danke.

Herr Heym
Ich hätte gern Wortprotokoll.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.3 Herr Vierkant zur Händel-Halle

Herr Vierkant verwies auf Presseberichte, wonach Herr Herden auf eine Unterfinanzierung der Händel-Halle sowie auf den noch nicht abgeschlossenen Einbau der LED-Beleuchtung hingewiesen hat. Im Finanzausschuss wurde ausgeführt, dass die Gegenfinanzierung für die Rampe am Stadion 6 dadurch gesichert ist, dass die LED-Beleuchtung bereits abgeschlossen wurde. Er bat die Verwaltung um Erläuterung dieses aus seiner Sicht bestehenden Widerspruchs.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die LED-Maßnahme bereits schlussgerechnet und damit finanziell abgeschlossen ist. Es sind jedoch noch weitere Arbeiten durchzuführen. Diese werden allerdings dem Ergebnishaushalt zugeordnet. Dies ist auch im Finanzausschuss so dargestellt worden.

zu 9.4 Herr Vierkant zum Riebeckplatz

Herr Vierkant sprach zum Umbau des Riebeckplatzes und wies auf die Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern hin, die befürchten, dass durch den Abriss der Brücken die Verbindung zwischen Halle-Neustadt und Halle-Ost sowie der Straßenbahnverkehr beeinträchtigt werden könnten. Er bat die Verwaltung um eine Einschätzung.

Herr Rebenstorf erläuterte, dass der Rückbau der Brücken den abschließenden Bauabschnitt darstellt und die Brücken so lange wie möglich in Betrieb bleiben sollen. Nach derzeitigem Stand können der Straßenbahnverkehr sowie die Verkehrsverbindungen weitgehend aufrechterhalten werden. Mögliche kurzzeitige Sperrungen werden rechtzeitig angekündigt.

zu 9.5 Herr Raue zu TOP 7.1

Auf GOA-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue
Also, ich habe noch mal eine Bitte. Erstmal würde ich gerne noch mal diese Allgemeinverfügung zur Verfügung gestellt bekommen. In jedem Fall so rechtzeitig vor der Stadtratssitzung.

Und dann habe ich noch eine Frage. Und zwar, Herr Oberbürgermeister, insbesondere an Sie, also das Anliegen von uns, auch so, wie ich es formuliert habe, und auch so, wie es geschrieben ist. Das ist doch so eineindeutig und müsste doch mit Ihrer Position als oberstem Repräsentanten unserer Stadt absolut vereinbar sein. Wir haben aufgerufen zur Einhaltung von demokratischen Gepflogenheiten, um Ordnung und Sicherheit in unserer Stadt bei einem Wahlereignis abzusichern. Und jetzt hat irgendjemand, das ist meine Vermutung, bei Ihnen so ein Rechtsgutachten bestellt. Ich kann nur sagen, ich bin es nicht gewesen. Ich habe gedacht, wir teilen sozusagen diese gemeinsame Auffassung. Und jetzt kommt das. Und darauf beruft sich sozusagen jetzt tatsächlich der Stadtrat, um sich da rauszunehmen. Was sollen denn die Leute draußen denken, wenn ich in die Stadtratssitzung unseren Antrag einführe und alle sagen, wir wollen uns dazu nicht positionieren? Sie können mir glauben, ich werde da die richtigen Worte finden. Aber was sagt auch unser Stadtoberhaupt dazu? Normalerweise wäre es etwas Einfaches gewesen, lieber Herr Oberbürgermeister, wenn Sie sich entweder gar nicht geäußert hätten, wie es üblicherweise ist. Oder wenn Sie gesagt hätten, wir wollen uns dazu nicht positionieren. Oder wenn Sie gesagt hätten: „Ja, das liegt im Rahmen oder in der Ermächtigung des Stadtrates.“ Und er kann aber Sie unterstützen ganz allgemein einen fairen Wahlkampf und die Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit von Kandidaten und Eigentum und sonst was. Das wäre aus meiner Sicht das Allerallermindeste gewesen.

Meine erste Frage ist wirklich: Warum haben Sie diese Chance nicht ergriffen? Weil es wirkt nämlich auch nach draußen zu ganz vielen Leuten, die uns alle beobachten.

Und die zweite, vielleicht noch wichtigere Frage ist: Wie müssten wir den Antrag rechtskonform formulieren, dass der Sinn erhalten bleibt, aber die Stadtverwaltung sagen kann: „Okay, so könnt ihr den fassen, Stadtrat“, und es gibt keine Vorlage für andere, dem Beschluss auszuweichen, sondern jeder kann den fassen und die Stadt hat nicht gesagt:

„Hier ist irgendwie rechtswidrig.“ Also, wie müsste das sein und warum haben Sie die Chance nicht ergriffen, Herr Oberbürgermeister?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Ich bin Stadtoberhaupt, führe eine Verwaltung. Was heißt hier keine Chance ergriffen? Ich sage es mal so: In einem Stadtrat aufzurufen, zu einem gewaltfreien Landtag, das könnten wir genauso hier im Stadtrat aufrufen, weil Gewaltfreiheit ja für überall gilt. Gewaltfreiheit ist ja nicht Halle, Gewaltfreiheit ist ja nicht Sachsen-Anhalt, Gewaltfreiheit ist ja nicht Deutschland. Da können wir hier auch einen Antrag stellen auf Gewaltfreiheit im Sudan.

Nein, aber was ich damit sagen will, Herr Raue, Sie können natürlich machen, was Sie wollen, hier im Stadtrat. Ich rede hier als Hauptverwaltungsbeamter und Sie bekommen auch gleich die konkrete und auch hundertprozentig wasserdichte fachliche Beratung von Herrn Schreyer. Und ich meine sicherlich, so ein Detail, wie das Herr Schreyer weiß, kann ich das nicht. Aber als ich das sah, da musste ich gar nicht juristischen Rat holen, weil das für mich ein übertragener Wirkungskreis ist. Und ich meine, ich kann das alles dahinter verstehen, weil Wahlkämpfe nicht ohne Gewalt gehen.

Zwischenrufe

Aber, nein, aber lassen Sie mich bitte ausreden, nein, nein, nein, Wahlkämpfe gehen leider in immer mehr Ländern auf dieser Welt nicht ohne Gewalt. Das ist leider nur Realität geworden. Aber jetzt eine Resolution und auch mich damit zu konfrontieren, das suggeriert ja ein bisschen, dass ich als Oberbürgermeister dafür verantwortlich bin, dass Menschen, die unterschiedliche Meinungen haben, ob rechts oder links, sich jetzt hier körperlich, also ich finde das ganz ehrlich, deplatziert. Und ich würde jetzt noch dem juristischen Dienst noch das Wort überreichen.

Herr Raue
Der Antrag ist örtlich, wir sind örtlich zuständig, wir haben eine Wahl in unserer Stadt. Wir sind sachlich zuständig, es geht um Sicherheit und Ordnung. Nicht nur um Kandidaten, sondern auch um Eigentum und es geht auch um die Ordnung im öffentlichen Raum. Und es geht auch um die Außenwahrnehmung der Stadt Halle, insbesondere um Presseberichterstattung.

Und ich hätte gedacht, dass wir auch gemeinsam das Anliegen teilen, dass wir im Prinzip jede Chance nutzen, und zwar jede Chance, egal von wem vorgetragen, um draußen Spannungen abzubauen und zu sagen: „Hör zu, es ist alles schwierig, aber lass uns zumindest mit Argumenten fair werben.“ Das alles sind Sachen, die wir hier im Stadtrat manchmal beschließen, hat genau in seinem Inhalt. Und ich bin nicht der Auffassung des Rechtsamts.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Herr Raue, ich habe Ihr Argument verstanden. Ich möchte nur noch eins und wirklich noch mal kurz aufs Rechtsamt. Es geht hier um die örtliche Gemeinschaft und es ist die örtliche Gemeinschaft. Wir machen hier Politik für Halle, für die Hallenser. Und das ist aber, Herr Schreyer, können Sie bitte noch mal, möchten Sie noch was ergänzen, Herr Schreyer?

Herr Schreyer
Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Herr Raue, ich hoffe, Sie wollen mir nicht den letzten Glauben an die Sinnhaftigkeit meiner beruflichen Tätigkeit hier nehmen, weil ich denke, ich bin hier als Vertreter des Fachbereichs Recht – darauf haben Sie auch oft selbst hingewiesen – und als Fachbereich Recht haben wir auch die Aufgabe, wenn Anträge

gestellt werden, die auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Genau das ist hier passiert, und insoweit hat der Oberbürgermeister kein Gutachten bestellt, sondern der Fachbereich Recht hat sich die Sache angesehen und hat eine entsprechende Einschätzung abgegeben. Die haben wir auch, ich glaube, da können Sie nicht widersprechen, relativ zurückhaltend getan, weil, wenn Sie sich den Einstieg der Stellungnahme ansehen, wird Ihnen was auffallen. Da fehlt nämlich was. Es sind nur Hinweise, und diese Hinweise können Sie zur Kenntnis nehmen und dementsprechend handeln. Genau das ist hier passiert. Und die Rundverfügung, auf die Sie Bezug nehmen, ist Ihnen, wie gesagt, schon zur Verfügung gestellt worden, und die können Sie sich jetzt aktuell sogar schon anschauen. Rufen Sie bitte die Beschlussvorlage zum Einwohnerantrag aus dem Jahre 2022 auf, dort unter der Nummer VII//2022/03945. Dort ist es die Anlage 2. Ab Seite 2 hat sich das Landesverwaltungsamt relativ dezidiert zu appellartigen, resolutionsartigen Beschlussfassungen und deren Rechtsgrundlagen positioniert. Genau das ist hier passiert. Und die Stellungnahme der Verwaltung hat nochmal explizit, um ihr Argument aufzugreifen, natürlich gibt es eine Auswirkung des Landtagswahlkampfs auch auf die Stadt Halle, aber halt nicht ortsspezifisch. Alle Kommunen in Sachsen-Anhalt sind vom Landtagswahlkampf genauso betroffen. Und das ist genau der Grund, warum es hier keine Zuständigkeit für den Stadtrat, für die Stadtwahlkampfsitzung gibt. So die Rechtslage und hierauf haben wir hingewiesen. Und das ist die Aufgabe der Verwaltung. Dankeschön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Herr Raue, ich gebe hier das Wort. Ich erteile das Wort. Ich habe auch kein Problem damit, das Wort zu erteilen, nur da möchte ich es auch wirklich erteilen.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.6 Herr Heym zum TOP 7.1

Auf GOA-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Herr Heym.

Herr Heym
Ja, einleitend ist festzustellen: Sie sind Oberbürgermeister von Halle in Deutschland, natürlich nicht im Sudan.

Beim letzten Kommunalwahlkampf war aus meiner jetzigen Fraktion ein Mitglied von einem Angriff auf sein Wohngebäude betroffen. Es wurde versucht, eine Brandstiftung, es wurden Fenster eingeworfen. Das hatte zur Folge, dass der Staatsschutz mit allen Kandidaten meiner Liste Kontakt aufnahm und eine Gefahrenbeurteilung vornahm. Und wir haben alle Familien. Und mit den einzelnen Kandidaten abklärte, welche Sicherheitsmaßnahmen nun notwendig sind. Sie können mir glauben, das ist kein Spaß, gerade für die Ehefrauen und Kinder. Und deshalb ist meine Frage, Sie sind Oberbürgermeister von Halle, ob Sie sich vorstellen können, einen entsprechenden Aufruf an die Stadtbevölkerung zu richten, wenn wir rechtlich nicht dazu in der Lage sind oder sein dürfen, dass wir diesen Wahlkampf, anders als dort, wie er dort abgelaufen ist, hier friedlich, respektvoll miteinander, die Bürger dieser Stadt, gestalten. Ob Sie sich das denken können? Das ist meine Frage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Herr Heym, ja, das kann ich auf jeden Fall. Dass ein Wahlkampf, das hatte ich, dass ein Wahlkampf fair zugeht, egal von welcher Partei man ist, ist natürlich sine qua non. Auf jeden

Fall. Die Frage ist jetzt, inwieweit ich mich jetzt äußern soll. Da müsste ich mit meinem Team mal reden, ob das dann auch adäquat ist. Aber eigentlich, glaube ich, ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen einander respektieren und nicht einander zugehen körperlich. Herr Heym, es ist angekommen.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.7 Herr Raabe zum Fahrradstraßenkonzept

Herr Raabe verwies auf eine Anfrage zum Fahrradstraßenkonzept, die in der letzten Stadtratssitzung mit Verweis auf die Vertagung im Ausschuss als erledigt erklärt wurde. Die angefragten Informationen sind jedoch weiterhin von Interesse. Er fragte, ob dennoch mit einer Antwort gerechnet werden kann.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.8 Herr Raue zu TOP 7.1

Auf GOA-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue
Ich hatte noch eine Frage, wie wir eigentlich diesen Antrag, weil eigentlich läuft das ja alles in relativ kollegialer oder sollte in kollegialer und kooperativer Form ja auch immer funktionieren. Wie müssten wir denn den Antrag jetzt, es ist ein ganz kurzer Antrag, was ist da jetzt der Auslöser gewesen, den wir umformulieren müssten, Herr Schreyer, damit er zulässig ist?

unverständlich

Und ich sage es noch einmal: Und es sollte eigentlich ein Beschluss, eine Resolution des Stadtrates und der vertretenen Parteien sein. Andere sind ja für uns gar nicht greifbar. Und die sollten ja ihre Unterstützer aufrufen zur Friedlichkeit. Das ist ja, es ist nicht das Gleiche, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie aufrufen. Ich setze es trotzdem voraus, auch wenn Sie sich ja hier in der Weise entziehen. Die muss ich noch überdenken. Aber das setze ich voraus, dass Sie das aufrufen. Aber uns ging es darum, ich will die Leute nicht benennen, die uns hier solche Schäden zufügen und die hier so wirklich teilweise in Dritte-Welt-Manier durch die Straßen ziehen und Unsinn stiften. Das will ich alles nicht jemandem zuweisen. Ich weiß aber wohl, dass die alle gegen die einen sind und für die anderen sind. Und wir müssen einfach sehen, dass wir da, wir müssen gemeinsam einen Aufruf...

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Herr Raue, ich muss Frau Müller jetzt mal recht geben. Das möchte ich bitte auch dort hinten rechts notiert sehen in der Presse.

Herr Raue, wir haben die Message verstanden. Und Herr Schreyer, möchten Sie dazu was sagen? Ich kann aber auch sagen, wir verzichten drauf.

Herr Schreyer
Sehen Sie es mir nach, Herr Raue, ich bin ja schon eine Weile hier mit dabei und auch wenn das Gedächtnis mit zunehmendem Alter nachlässt an bestimmte Sachen, kann ich mich

doch noch gut erinnern. Das waren zum Beispiel Vorwürfe, unberechtigte Vorwürfe, dass das Rechtsamt mal Fraktionen bei der Stellung ihrer Anträge beraten hat, um eine Zulässigkeit herbeizuführen. Insoweit sehen Sie es mir nach, dass ich an der Stelle mich gerne zurückziehe und genau das nicht tun werde. Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt
Ich danke Ihnen, Herr Schreyer, danke für Ihr Verständnis.

Ende des Wortprotokolls

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Alexander Vogt	Maik Stehle
Oberbürgermeister	Protokollführer